

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Herausgeber: Reichsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postcheckkonto Dresden Nr. 2488. — Stadtkontor Dresden Nr. 140.

Auskünfte: Die 32 mm breite Grundzelle oder deren Raum 30 Pf., die
66 mm breite Grundzelle oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
fassung 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familiennotizen u. Stellen-
suche. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanten auf den Staatsforstrevieren.

Berantwortlich für die Redaktion: J. B.: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 125

Dresden, Dienstag, 2. Juni

1925

Die Note der Botschafterkonferenz.

Heute Übereitung in Berlin.

Paris, 1. Juni.
Der Botschafterrat tagte gestern nachmittag von 3.50 bis 6.30 Uhr unter dem Vorsitz des französischen Delegierten Jules Cambon. Marshall Foch und General Estlicher wohnten der Sitzung bei. Über die Sitzung wird folgendes kommuniqué ausgegeben:

Die Botschafterkonferenz, mit den Insassen der alliierten Regierungen versehen, hat die Fassung der Note festgelegt, die der deutschen Regierung im Namen der alliierten Regierungen durch ihre diplomatischen Vertreter in Berlin überreicht werden wird. Die Note wird am Dienstag der deutschen Regierung übermittelt werden und aller Wahrscheinlichkeit nach am Mittwoch abends veröffentlicht werden. Sie besteht aus einer Kollektivnote von etwa fünf Seiten und zwei Anhängen. Der eine Anhang setzt sich aus mehreren Teilen zusammen und enthält besonders die Ausführungsliste der Klauseln des Versailler Vertrags, sowie die Liste der verlangten Abstellungen. Der zweite Anhang enthält das Schreiben der Reparationskommission. Beide Anhänge sind etwa 30 Seiten lang.

Die Richtnung der Kölner Zone gerechtfertigt?

Paris, 1. Juni.
Die Pariser Blätter messen der Tatsache der bevorstehenden Veröffentlichung der Entwaffnungsnote große Bedeutung bei. Der "Tempo" hebt die günstige Rückwirkung einer solchen Veröffentlichung auf Amerika vor und meint, es sei von größter Wichtigkeit, daß die gesamte Welt erfahre,

dass die Richtung der ersten

Rheinlandzone vollkommen gerechtfertigt sei und dass Deutschland selbst die gegenwärtige Lage verschuldet habe.

Im Anschluss an die Reichstagsklärungen des Reichswehrministers Wegler, konstatiert die Ablösung allgemein und nicht ausschließlich allein auf Deutschlands Anwendung finden müsse, meint das Blatt, die Erklärungen des deutschen Kämmerers spiegelten eine unerhörte Zunahme wieder und bedeuteten eine absolute Verkenntnis des Friedensvertrages. Die Sicherheit werde in einer Linie den Menschen gewährt, für die der deutsche Willkür eine nötige Trostung sei. Die Rechte Gelehrte rechne sich wie eine Abschaffung der Vertragserpflichtungen heraus, die Deutschland eingegangen sei. Wie sollte man unter diesen Umständen dem Bismarck'schen Glauben schenken, wenn er die friedliche Gesinnung der deutschen Reichswehr und sogar des deutschen Offiziers septe bekräftigte. Die zustimmenden Äußerungen der deutschen Presse liegen darauf schließen, dass die Ablösungen Weglers von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes geteilt würden.

Frankreich will Truppen durch die entmilitarisierte Rheinzone schicken.

London, 2. Juni.
Der Pariser Berichterstatter des "Daily Telegraph" mitteilt:

Die französische Regierung bestreitet immer noch daran, daß auf Grund des vor geschlagenen Paktes Truppen durch die entmilitarisierte Rheinlandzone zur Unterstützung Polens und der Tschechoslowakei ziehen könnten, falls eines dieser beiden Länder von Deutschland angegriffen werde.

Über die britische Meinung in dieser Frage könne Manchet nur durch Veröffentlichung des Wortlaufs der britischen Rote geschaffen werden. In Paris werde versucht, daß die beiden Mächte, die im britischen Kabinett vorhanden seien, durch die Veröffentlichungen der britischen Blätter zu Worte gelommen seien. Der Berichterstatter sagt hinzu, es sei nicht unmöglich, daß die beiden Sicherheitsverhandlungen durch Polen und Großbritannien stattfinden.

und die Tschechoslowakei sich noch weiter verbreiteln würden, besonders daß diese vielleicht Österreich an Deutschland mit dem Sicherheitspakt verknüpft zu sehen.

Benesch in Paris.

Paris, 1. Juni.
Die Morgenblätter beschäftigen sich mit der unerwarteten Reise des tschechischen

Außenministers Benesch nach Paris. Er ist Sonnabend angekommen und gestern abend wieder nach Genf zurückgekehrt. Er konnte Wien nicht sprechen, da dieser die Heimschlage auf dem Lande zuwinkt. Er verhandelte deshalb nur mit dem Generalsekretär im Außenministerium Philippe Berthelot und dem Ministerialdirektor Parrot. "Journal" sagt, Benesch sei gekommen, um seine Bewilligung zum Antritt zu bringen. Er glaubte immer noch an die Möglichkeit, daß Genfer Protokoll auf indirektem Wege städ-

wiese zu verwirklichen, indem er ein einen Rücksprung allmählich zusammenbringe. Das "Journal" betont, daß die augenblickliche Orientierung völlig von den Bestrebungen Benesch abweiche. Die Abkommen Frankreichs mit Polen, der Tschechoslowakei und Belgien hätten sich zur Aufgabe gestellt, die Friedensverträge aufrechtzu erhalten. Nach der britischen Auffassung soll der Sicherheitspakt die bestehenden Beziehungen zwischen Siegen und Besiegten umstoßen. Der englische Part lösse den Weg für die deutschen Mächte auf Österreich frei, die Friedlich zu einer Umlammerung der Tschechoslowakei führen müssen.

*
England im Falle eines ost-europäischen Krieges.

Frankreichs Besiedlung in Richtung auf Italien.

London, 2. Juni.
Der Pariser Berichterstatter des "Manchester Guardian" hält es für möglich, daß die Besiedlung Frankreichs über das englische Memorandum in Richtung auf Italien liege. Zwischen Rom, Graz und Wien habe in der letzten Zeit große Unruhe bestanden. Es könnte sowohl Italien darüber bestehen, daß ernsthafte Anstrengungen gemacht werden, um Italien in der einen oder anderen Weise an den von Benesch geschaffenen östlichen Bündnerblock zu fesseln. In diesem Falle würde Italien das Bündnis zwischen Frankreich und dessen östlichen Alliierten bilden.

Der Londoner Sonderberichterstatter des "Manchester Guardian" schreibt, es könne sogar erwartet werden, daß der ursprüngliche britische Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz von den deutschen, belgischen, französischen, italienischen und britischen Vertretern jetzt befolgt werde.

Dem Pariser Berichterstatter des "Daily Chronicle" zufolge wird in der britischen Note es ganz klar gemacht, daß sich die britische Regierung, sowohl Polen und die anderen Alliierten Frankreichs in Betracht kommen, ihre volle Aktionsfreiheit im Falle eines Krieges in Osteuropa vorbehält.

*
Erweiterung des Völkerbundsrates?

London, 2. Juni.
Der Pariser Berichterstatter der "Times" schreibt:

Die britische Regierung habe durchaus nicht den französischen Standpunkt in der Frage des Sicherheitspakts voll angenommen. Aber ihre Zugeständnisse seien so ausdrücklich gemacht worden und so, wie sie sich geweigert habe, einzustimmen, habe sie für ihre Weigerung so gute Gründe angegeben, daß die französische Regierung bereit sei, das Gut mit Schlechtem hinzunehmen und der Ansicht sei, daß hier ein Vorteil auf Seiten der Entente liege, da das britische Memorandum und die weiteren Indizierungen klar zeigen, daß Großbritannien das Recht und die Pflicht Frankreichs anerkennt, in seinen Verpflichtungen gegenüber Polen und der Tschechoslowakei zu stehen.

Der Korrespondent bemerkt weiter, es sei jetzt klar, daß die neue französische Haltung die volle Billigung und Unterstützung Benesch genieße. Es werde nicht davon geschehen, daß auch die polnische Regierung die gleiche Haltung einnehmen werde, sobald sie davon überzeugt werde, daß ihre wesentlichen Vertragssätze gewahrt bleiben. Der Berichterstatter deutet auf eine mögliche Erweiterung des Völkerbundsrates hin, da außer Polen auch Spanien, Holland und Großbritannien einen dauernden Sitz beanspruchen sowie auf die Möglichkeit der gleichzeitigen Bildung

Die deutsche Verkehrsausstellung in München.

München, 30. Mai.

Auf dem klassischen Gelände des Münchener Ausstellungsparks ist am Sonnabend die Deutsche Verkehrsausstellung 1925 eröffnet worden. Seit Wochen und Monaten wurde die oben auf der Theresienhöhe mit einer Unzahl und Energie gearbeitete, Tausende von Kubikmetern Erde und Schotter wurden bewegt, Bauten und Türme entstanden, Güterzüge, Postautos und Wagen aller Art brachten Tag über neues Baumaterial und Ausstellungsgut, und noch kann man nicht von einer fertigen Ausstellung reden. Über

immerhin ist die Vervollkommenung in technischer und künstlerischer Beziehung so weit fortgeschritten,

daß der Transport von Passagieren gefordert und verfügt werden kann, wenn ein wohlgeordnetes System von Bahnstrassen die See mit den Binnenländern, den Norden mit dem Süden, Köln mit Breslau verbindet. Die deutschen Reedereien und Werften geben Darstellungen von dem

das Auto
seine Hauptrolle. Es ist deshalb natürlich, daß man das Auto in allen seinen Verwendungs möglichkeiten erkennen, daß man den Bau großer Verkehrsaderen zu staubfreien Autostraßen sieht und nicht zuletzt interessiert die Darstellung, wie der Fußgänger von den Dualen und Gefahren des Autoverkehrs erlöst wird oder erlöst werden soll.

In der Abteilung Wasserverkehr zeigt man dem Besucher die Hauptstromgebiete: Rhein, Donau, Elbe, Weser und Oder. Wie lernen deren Verbindung durch Kanäle und Schleusen kennen und werden gewahrt, wie sehr der Transport von Passagieren gefordert und verfügt werden kann, wenn ein wohlgeordnetes System von Wasserstraßen die See mit den Binnenländern, den Norden mit dem Süden, Köln mit Breslau verbindet. Die deutschen Reedereien und Werften geben Darstellungen von dem

Umfang des Seeverkehrs.

Besonders anschaulich sieht man den Hamburger Hafen. In diesem Rahmen ist auch ein Modell entstanden, das ein neues Wahrzeichen Münchens ist, nämlich der Leuchtturm, 40 Meter hoch in Eisenbeton ausgeführt, lädt er die Besucher in schneller Fahrt mit dem Aufzug durch seine Stockwerke gleiten. Von der obersten Terrasse hat man ein herrliches Bild auf das bayerische Oberland und das Gebirge. Hier interessiert vor allem die moderne Feueranlage, die über 100 Kilometer, also bis Salzburg und Garmisch-Partenkirchen, mit ihrer Feuerprobe reicht. Im 6. und 7. Stockwerk ist die Gleisstraße untergebracht mit drei mächtigen Gondelklafetten im Gewicht von 2650 Kilogramm.

Ein solcher Leuchtturm hat auch seine hohe Bedeutung für den Luftverkehr.

Es ist eine besondere Halle erbaut, um alle mit dem Luftverkehr im Zusammenhang stehenden Objekte vorzuführen. Von großen Verkehrsflugzeugen bis zum kleinen Privat-Eindecker, vom Ballon bis zum Luftschiff werden alle Nutzungsgeräte und Betriebsanlagen gezeigt. Auch dem Segelflugzeug ist sein Platz angewiesen, ebenso dem Wetterdienst und seiner Organisation, die gerade für den Flugverkehr so außerordentlich wichtig ist. Während des ganzen Sommers werden in der Ausstellung praktische Vorführungen und Schauspiele veranstaltet werden.

Die größte Bedeutung ist selbstverständlich dem Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Funkwesen beigemessen. Auch hier steht Modellmaterial in ihrer überraschenden Menge zur Verfügung. Als Wahrzeichen dieser Abteilung ragen in 100 m Höhe die beiden Funktürme, von denen aus der ganzen Welt Kunde werden soll von dieser größten Ausstellung Deutschlands.

Zu dem berühmten Kunstmuseum-Theater des Ausstellungsparks werden täglich Filme vorgeführt, die uns den Entwicklungsgang der einzelnen Verkehrsmittel, ihre Entwicklung und Zusammenfassung bis zum fertigen Ereignis zeigen. Ihre praktische Verwendung veranschaulichen dann eindrucksvolle Bilder der in voller Fahrt dahinrollenden Lokomotive, des Autos und des Flugzeuges.

eines Sonderausschusses der europäischen Nationen zur Behandlung von Angelegenheiten des europäischen Kontinents.

Der Gewerkschaftsring gegen Schutzzölle.

Berlin, 31. Mai.

Der im Reichstag ebäude tagende Gesamtvorstand des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände beschäftigt sich eingehend mit der Schutzzollfrage der Reichsregierung und braucht seine Einstellung in nachfolgender Enthüllung zum Ausdruck.

Die das überwiegend von der industriellen Produktion lebende deutsche Volk will die Durchführung einer Schutzzollpolitik, soweit sie Bereitschaftszölle überschreitet, eine brutale Einengung der Lebensmöglichkeit für Millionen von Menschen bedeuten. Der Ausbau eines neuen Zolltarifes, der über den Charakter von Handlungsbürokraten und Kommissionshändlern hinausgeht, würde die Bevölkerung unweigerlich überdrücken und deshalb auf die Pflege reziprokwirtschaftlicher Beziehungen angewiesenen Landes vom Weltmarkt in wirtschaftlichen Gebieten zur Folge haben.

Ganz besonders wendet sich der Gewerkschaftsring gegen die Zollvorlage für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, deren Kernpunkt die hohen Zollsätze für die Hauptgetreidearten sind, die eine Lüere dauernd Belastung darstellen und deshalb auf die Pflege reziprokwirtschaftlicher Beziehungen angewiesenen Landes vom Weltmarkt in wirtschaftlichen Gebieten zur Folge haben.

Ganz besonders wendet sich der Gewerkschaftsring gegen die Zollvorlage für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, deren Kernpunkt die hohen Zollsätze für die Hauptgetreidearten sind, die eine Lüere dauernd Belastung darstellen und deshalb auf die Pflege reziprokwirtschaftlicher Beziehungen angewiesenen Landes vom Weltmarkt in wirtschaftlichen Gebieten zur Folge haben.

Der Gewerkschaftsring rügt sich in seiner Stellungnahme auf die Unzulänglichkeiten der vorrangigsten wissenschaftlichen Sachkenntner der deutschen landwirtschaftlichen Verhältnisse. Schutzzölle für Lebensmittel müssen naturnotwendig schwere Völkampfe um die Abholzung der sich besonders für die Arbeitnehmer ergebenden großen Felsung herverursachen.

Im wirtschaftlichen Interesse der Landwirtschaft liegt die breiteste jetzt mögliche Verbülligung der Betriebsmittel, der Güterstoffe und des Kredites. Der Gewerkschaftsring ist jederzeit bereit, die Landwirtschaft in diesen Fortbewegungen zu unterstützen.

Der Gewerkschaftsring benachrichtigt darum die von der Regierung beabsichtigten Agrarsätze als den Besuch, die man jetzt sicher um das materielle Festein ringende Rasse des Volkes in einer unerträglichen Weise weiter zu belästigen. Die Förderung privatwirtschaftlicher Interessen einer unverhältnismäßig kleinen Gruppe erscheint hier als Bruttoverteuerung, als die Verknappung der an sich schon langlebigen Lebensmöglichkeit von Millionen. Dagegen protestiert der Gewerkschaftsring.

Hitlers Geldquellen.

München, 30. Mai.

Das Bayerische Oberlandesgericht hat die von Hitler eingelegte Revision in seinem Prozeß gegen den Sanitätsrat Bittinger, dem Jährling vom Bund „Bayer und Reich“, losenfalls abgewiesen. Es handelt sich hier um den Vorwurf, daß Hitler und seine Bewegung im Jahre 1923 mit französischem Geld gespeist wurden, eine Behauptung, die von dem verlorenen Abg. Motel-Bundon auf Grund unbestätigter Informationen von Pariser Regierungspersönlichkeiten aufgestellt worden

Bürgerkriegsrüstungen rechtsradikaler Verbände.

Berlin, 30. Mai.
Die „Reichsbanner-Zeitung“ berichtet folgenden Artikel:

Bei der Gründung des Reichsbanners hat es die Stahlhelm verstanden, sich nach außen den Anstrich einer überparteilichen, verfassungskonformen Organisation zu geben. Heute ist der Sozialer gestorben. Den hannoverschen „Volkswillen“ sind eine Anzahl von Dokumenten in die Hand gefallen, die das größte Aussehen erzeugt haben und die „hannoverschen“ Verbände schwer belastend sind. Es handelt sich dabei um Mobilisationspläne des sogenannten „Verbandes Hindenburg“, einer Dachorganisation sämtlicher monarchistischen und rechtsgerechten militärischen Organisationen vom Stahlhelm über die volkssolidarischen Verbände bis zum Ehrenhardtbund und den nationalsozialistischen Sturmabteilungen (S.A.). Die offizielle Zeitung hat ein Major v. Waldbow, der im vergangenen Sommer und Herbst wiederholte größere militärische Übungen in der Lüneburger Heide veranstaltet hat. Die inoffizielle Zeitung hat jedoch Oberleutnant v. Ahlemann, der der eigentliche Kopf des Verbänders ist. Er hat die Mobilisationspläne für das Jahr 1924 entworfen und wird die Pläne für das Jahr 1925 — die er bearbeitet — bald fertigstellen haben.

Bei diesen Dokumenten handelt es sich um den Mobilisationsplan für die Provinz Hannover. Man behauptet natürlich, daß es sich bei diesen Vorberichtigungen lediglich um die Abwehr von Unruhen von linksradikalen Seite handle. Das ist aber fauler Jammer. Denn im Laufe der Reaktionäre weiß man nur zu tun, daß die Kommunisten gar nicht in den Laufe sind, noch irgendwelche unnennerlichen Unruhen anzetteln, die nicht ohne weiteres mit den gegebenen staatlichen Mitteln bekämpft werden könnten. Die Kommunisten sind nur Vorwand für die geheimen Bürgerkriegsvorbereigungen, die hingehen auf den Sturz der republikanischen Staatsreform.

Was an die leichten Patronen beim leichtem P.G., die Handgranaten, Revolverpatronen, ja selbst den Sprengstoff, ist alles gerichtet. Selbst Autore, Säumer, und Eisenunterstützende, Schreiber, Ärzte usw. fehlen nicht.

war. Sanitätsrat Bittinger wurde in der ersten Instanz bekanntlich freigesprochen.

Mexiko und die deutschen Reichsärzte.

Berlin, 31. Mai.

Ein mexikanischer Staatsbürger, der auf Mexiko hier anlangte, ergäßt der „Berliner Volkszeitung“ folgende wahre Wahrheit:

Als die deutschen Mediziner vom Kreuzer „Berlin“ vor einem Monat Mexiko besuchten, zogen die zahlreichen deutschen Bewohner Mexitos die alte Flagge Schwarz-weiß auf.

General Morones, oberster Polizeichef der mexikanischen Republik, ließ nunmehr bei allen schwarzen-weißen roten Flaggenstangen anstreifen, was diese Farbenpracht zu bedeuten habe, gleichzeitig ließ er sie alle verhaften.

Die Folge war eine Intervention des deutschen Gesandten Dr. Will, der sich direkt

zum Präsidenten der Republik, Calles, beoblagt, um die sofortige Entfernung seiner Landsleute und den Schutz der Araber Schwarz-weiß zu erlangen.

Präsident Calles, der vor etwa Jahresfrist als Gast in Deutschland geweilt, entgegnete dem deutschen Gesandten: „Das mexikanische Staatsrecht verbietet das Hissen von fremden Flaggen, deren Farben nicht vom eigenen Lande anerkannt sind. Der deutsche Gesandt möchte doch so freundlich sein, ihm mitzuteilen, welches die verfassungsmäßigen Farben der deutschen Republik seien.“

Dr. Will mußte eingestehen, daß sie nicht Schwarz-Weiß rot seien. Anschließend bestätigte der Präsident von Mexiko das Flaggenverbot, und der Polizeichef belegte die Deutschen, die ihre eigene Besafzung vor dem Auslaufe löscherlich machen, mit einer Ordnungsstrafe von 500000 Pesos.

Dem Wählen der Kommunisten ist es gelungen, einen wilden kommunistischen Hauptvorstand der G. pr. zu bilden, mit dem auch der Sekretär in der Zentrale zusammenarbeiten will. Das eigenmächtige und unzureichende Vorgehen der unterschiedlichen Kreise muß von der Mitgliedschaft unbedingt gestoppt werden. In jeder Ortsgruppe möglichen von den Mitgliedern folgende Entstehung einzugehen und angenommen werden:

Die Ortsgruppe . . . stellt sich geöffnet hinter den auf der letzten Hauptversammlung der G. pr. pr. rechtmäßig gewählten Hauptvorstand, den durch die beiden Vorständen Mayer und Kriesa vertreten ist, und spricht ihm ihr Vertrauen aus.

Wer sich diesem Beschuß nicht stellt, stellt sich automatisch außerhalb der Statuten und damit außerhalb der Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Findet sich in einer Gruppe eine kommunistische Mehrheit gegen diesen Beschuß, so müssen die Anhänger des rechtmäßigen Hauptvorstandes den Saal verlassen und sich eigene Versammlungsstätte wählen, die sofort mit Mayer und Kriesa die Verbindung aufzunehmen haben. Vor

Die Kenn- und Schwerte im Falle einer Mobilisierung, die verschiedenen „Kaufmannschaften“ und die außerdienliche Beziehung, daß im Falle der Mobilisierung sämtliche Leute des Verbändes unter Militärgesetz treten, zeigen dies deutlich die wahren Absichten. Wenn es darauf ankommt, die staatlichen Organe bei der Unterdrückung kommunistischer Unruhen zu unterstützen, dann wären derartige Vorbereitungen und Bestimmungen nicht notwendig.

Das Her vorstehende an diesen Plänen ist aber, daß es sich nicht um verdeckte handelt, sondern um solche, die erst im Juni vorigen Jahres aufgestellt worden sind, und an deren Durchführung — was die Kleidung und Ausbildung der Leute, die Ausstellung der Verbände, die Versorgung mit Waffen usw. betrifft — noch täglich gearbeitet wird. Nicht nur in dem offiziellen Bureau in der Königstraße in Hannover, sondern ganz besonders in dem inoffiziellen Bureau bei Oberleutnant v. Ahlemann in der Böckelerstraße 26 wird fieberhaft gearbeitet.

Die Fähigkeit der Pläne und das Bestehen der Organisation kann von den beteiligten Verbänden nicht bestritten werden. Als der hannoversche „Volkswille“ zwei Tage vor der Reichspräsidentenwahl diese Mobilisierungspläne veröffentlichte, versuchte das Bureau des Reichsblatts, das mit diesen Verbänden engste Zusammenhang hatte, sie dadurch abzutun, daß es in Flugschriften und in der hannoverschen Rechtspresse erklärte, daß es sich um die „Ladenhäuser Seervinas“ handle, die dieser ebenfalls dem aldemokratischen Organ zur Verfügung gestellt habe. Das war ein ausgedehnter Schwund, den man sich glatt aus den Fingern gehogen hatte. Das Material kommt nicht von amtlicher Seite. Durch Rücksage beim Oberpräsidenten Rothe wurde festgestellt, daß diesem tatsächlich nur ein Teil des Materials bekannt war.

Man darf gespannt sein, was der Herr Oberstaatsanwalt gegen diese Verbrecher, die so offen den Bürgerkrieg vorbereiten, unternehmen wird. Wir müssen der Erwartung Ausdruck geben, daß man gegen diese Rechtspolitiker genau so unerbittlich vorgeht wie gegen die Kommunisten.

Die sozialistischen Bezirksdelegierten des Bezirks Leipzig der Gemeinschaft proletarischer Freidenker eröffnen einen Aufzug an die Mitglieder der G. pr. pr. in dem es heißt:

Dem Wählen der Kommunisten ist es gelungen, einen wilden kommunistischen Hauptvorstand der G. pr. zu bilden, mit dem auch der Sekretär in der Zentrale zusammenarbeiten will. Das eigenmächtige und unzureichende Vorgehen der unterschiedlichen Kreise muß von der Mitgliedschaft unbedingt gestoppt werden. In jeder Ortsgruppe möglichen von den Mitgliedern folgende Entstehung einzugehen und angenommen werden:

Die Ortsgruppe . . . stellt sich geöffnet hinter den auf der letzten Hauptversammlung der G. pr. pr. rechtmäßig gewählten Hauptvorstand, den durch die beiden Vorständen Mayer und Kriesa vertreten ist, und spricht ihm ihr Vertrauen aus.

Wer sich diesem Beschuß nicht stellt, stellt sich automatisch außerhalb der Statuten und damit außerhalb der Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Findet sich in einer Gruppe eine kommunistische Mehrheit gegen diesen Beschuß, so müssen die Anhänger des rechtmäßigen Hauptvorstandes den Saal verlassen und sich eigene Versammlungsstätte wählen, die sofort mit Mayer und Kriesa die Verbindung aufzunehmen haben. Vor

Der Stahlhelm besiegt den Streikbruch.

Halle, 29. Mai.
Herr einige Tage ist hier ein Straßenbahnerstreik beendet worden. Während alle Straßenbahner ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung sich an dem Streik beteiligten, brachte der Stahlhelm folgenden Befehl an seine Mitglieder heraus:

„Auf Befehl der Ortsgruppe sollen sämtliche Straßenbahner, sowie sie Stahlhelme sind, sich noch heute bei der Direktion der Straßenbahn zum Dienstantritt melden, Magistrat und der Ausschluß aus dem Stahlhelm fortsetzen.“

Die „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgesangener“.

Berlin, 29. Mai.
Hier stand höchst der 9. Bundestag der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgesangener. Über diese Tagung befindet nun das Verbandsblatt des Vereins „Mitteldeutschland“ in nicht mißverstehender Weise. In diesem Bericht heißt es:

„Es galt nun diesmal zu erkunden, ob die R. R. A. den Charakter einer rein karitative Vereinigung annehmen oder sich an dem Werden und Wiederaufbau unserer Heimat beteiligen soll. Mit voller Einigkeit entschied man sich für letzteres und es war allen Vertreten bestimmt, daß dies nur möglich ist, indem jede parteipolitische Beeinflussung abgelehnt wird, da die nationale Volksgemeinschaft über internationale Bindung gestellt wird.“

Hinter diesen vorsichtig gewählten Worten steht eine Kampfansage wider die internationale Sozialdemokratie.

Ein Konflikt in der Gemeinschaft proletarischer Freidenker.

Leipzig, 29. Mai.
Die sozialistischen Bezirksdelegierten des Bezirks Leipzig der Gemeinschaft proletarischer Freidenker eröffnen einen Aufzug an die Mitglieder der G. pr. pr. in dem es heißt:

Dem Wählen der Kommunisten ist es gelungen, einen wilden kommunistischen Hauptvorstand der G. pr. zu bilden, mit dem auch der Sekretär in der Zentrale zusammenarbeiten will. Das eigenmächtige und unzureichende Vorgehen der unterschiedlichen Kreise muß von der Mitgliedschaft unbedingt gestoppt werden. In jeder Ortsgruppe möglichen von den Mitgliedern folgende Entstehung einzugehen und angenommen werden:

Die Ortsgruppe . . . stellt sich geöffnet hinter den auf der letzten Hauptversammlung der G. pr. pr. rechtmäßig gewählten Hauptvorstand, den durch die beiden Vorständen Mayer und Kriesa vertreten ist, und spricht ihm ihr Vertrauen aus.

Wer sich diesem Beschuß nicht stellt, stellt sich automatisch außerhalb der Statuten und damit außerhalb der Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Findet sich in einer Gruppe eine kommunistische Mehrheit gegen diesen Beschuß, so müssen die Anhänger des rechtmäßigen Hauptvorstandes den Saal verlassen und sich eigene Versammlungsstätte wählen, die sofort mit Mayer und Kriesa die Verbindung aufzunehmen haben. Vor

Kunst und Wissenschaft.

Gaßspiel des Moskauer Kammertheaters.

„Girojë-Girojë“.

Immer wieder erlebt man das Gaßspiel der Taito-Schuppe mit einem Gefühl des Bedauerns, daß es eben nur Gaßspiel ist. Wenn wie immer man sich zu dem (immerhin norddeutschland) Problem der Überhöhung des Theaters stellen mag: von diesen begrenzten Abhängen einer autonomen Theaterkunst könnte die deutsche Bühne unendlich viel lernen. Was unseren Darstellern meist fehlt: der natürliche Instinkt für Theaterwirklichkeit, für die nicht zu errechnende — nur zu erfassende Wahrheit des menschlichen Geschehens, für die schöpferische Synthese von Seelenbewegung und Form, wurde von diesen Exzentriken des autonomen Theaters in jahrezehntelanger Zucht geübt und in die Bühnenpraxis umgelegt. Was Mythenmus als organisches Prinzip darstellerischer Meisterschaft, was Dynamismus des menschlichen Handlung einen solchen „entfesselten“ Theater bedeuten, wie hier der Bühnenbau nur klassisch sein kann, worauf der souveräne Schauspieler den Reizkunst seiner schöpferischen Phantasie auf der Bühne entfaltet, das ist hier nicht zu verstehen. Der Spielerleiter Taito wurde mit den Hauptdarstellern wieder entfesselt.

Ich behaupte, daß eine sensiblere Frau Antonie Klein, die ihr Junges Buch des Cheversprechens verlegt. Diese riegsame, reiche Frau Antonie Klein, die ihr Junges Buch eine Löwin gegen den drohenden Wolf der Entscheidung verteidigt, ist, wie das ganze Stück, aus Schiem und Unehrem gestellt. Gibt ist ihre unendbarem Suade und Glanzsucht, ihr Mangel an Fähigkeit, bei der Stange zu bleiben, der treuerzig und expressiv Egoismus des Müllerseits; unschön das tatkühle Einlenken nach gewonnener Schlacht, das freiwillige Verzicht auf gewonnene Erfolge. Der Präsident von Mexiko gab die Flaggenverbot auf.

General Morones, oberster Polizeichef der mexikanischen Republik, ließ nunmehr bei allen schwarzen-weißen roten Flaggenstangen anstreifen, was diese Farbenpracht zu bedeuten habe, gleichzeitig ließ er sie alle verhaften.

Die Folge war eine Intervention des deutschen Gesandten Dr. Will, der sich direkt

zum Präsidenten der Republik, Calles, beoblagt, um die sofortige Entfernung seiner Landsleute und den Schutz der Araber Schwarz-weiß zu erlangen.

Präsident Calles, der vor etwa Jahresfrist als Guest in Deutschland geweilt, entgegnete dem deutschen Gesandten: „Das mexikanische Staatsrecht verbietet das Hissen von fremden Flaggen, deren Farben nicht vom eigenen Lande anerkannt sind. Der deutsche Gesandt möchte doch so freundlich sein, ihm mitzuteilen, welche die verfassungsmäßigen Farben der deutschen Republik seien.“

Dr. Will mußte eingestehen, daß sie nicht Schwarz-Weiß rot seien. Anschließend bestätigte der Präsident von Mexiko das Flaggenverbot, und der Polizeichef belegte die Deutschen, die ihre eigene Besafzung vor dem Auflaufe löscherlich machen, mit einer Ordnungsstrafe von 500000 Pesos.

Dem Wählen der Kommunisten ist es gelungen, einen wilden kommunistischen Hauptvorstand der G. pr. zu bilden, mit dem auch der Sekretär in der Zentrale zusammenarbeiten will. Das eigenmächtige und unzureichende Vorgehen der unterschiedlichen Kreise muß von der Mitgliedschaft unbedingt gestoppt werden. In jeder Ortsgruppe möglichen von den Mitgliedern folgende Entstehung einzugehen und angenommen werden:

Die Ortsgruppe . . . stellt sich geöffnet hinter den auf der letzten Hauptversammlung der G. pr. pr. rechtmäßig gewählten Hauptvorstand, den durch die beiden Vorständen Mayer und Kriesa vertreten ist, und spricht ihm ihr Vertrauen aus.

Wer sich diesem Beschuß nicht stellt, stellt sich automatisch außerhalb der Statuten und damit außerhalb der Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Findet sich in einer Gruppe eine kommunistische Mehrheit gegen diesen Beschuß, so müssen die Anhänger des rechtmäßigen Hauptvorstandes den Saal verlassen und sich eigene Versammlungsstätte wählen, die sofort mit Mayer und Kriesa die Verbindung aufzunehmen haben. Vor

Bruch des Cheversprechens verlegt. Diese riegsame, reiche Frau Antonie Klein, die ihr Junges Buch eine Löwin gegen den drohenden Wolf der Entscheidung verteidigt, ist, wie das ganze Stück, aus Schiem und Unehrem gestellt. Gibt ist ihre unendbarem Suade und Glanzsucht, ihr Mangel an Fähigkeit, bei der Stange zu bleiben, der treuerzig und expressiv Egoismus des Müllerseits; unschön das tatkühle Einlenken nach gewonnener Schlacht, das freiwillige Verzicht auf gewonnene Erfolge. Der Präsident von Mexiko gab die Flaggenverbot auf.

General Morones, oberster Polizeichef der mexikanischen Republik, ließ nunmehr bei allen schwarzen-weißen roten Flaggenstangen anstreifen, was diese Farbenpracht zu bedeuten habe, gleichzeitig ließ er sie alle verhaften.

Die Folge war eine Intervention des deutschen Gesandten Dr. Will, der sich direkt

zum Präsidenten der Republik, Calles, beoblagt, um die sofortige Entfernung seiner Landsleute und den Schutz der Araber Schwarz-weiß zu erlangen.

Präsident Calles, der vor etwa Jahresfrist als Guest in Deutschland geweilt, entgegnete dem deutschen Gesandten: „Das mexikanische Staatsrecht verbietet das Hissen von fremden Flaggen, deren Farben nicht vom eigenen Lande anerkannt sind. Der deutsche

Amtlicher Teil.

Auf Antrag der freien Korbmacher-Streitkammer Dresden wird hiermit gemäß § 100 und 100b der Reichsgesetzesordnung angeordnet, daß vom 1. Juli 1925 ab sämtliche Gewerbetreibende, die in den Bezirken der Amtshauptmannschaft Dresden einschließlich der Stadt Niedersedlitz, der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde einschließlich der Stadt Dippoldiswalde, der Amtshauptmannschaft Görlitz einschließlich der Stadt Görlitz und die Städtebezirke Dresden, Freital und Riesa das Korbmacher-Gewerbe selbstständig betreiben, gleichviel ob sie Gesellen oder Lehrlinge halten oder nicht, der neu zu errichtenden Zwangslösung für das Korbmacher-Gewerbe mit dem Sitz in Dresden anzugehören haben. IV 50a Inn.

Kreishauptmannschaft Dresden,
am 22. Mai 1925. 1354

Öffentliche Sitzung des Kreisausschusses zu Leipzig
Montag, den 8. Juni 1925, vormittags 11 Uhr,
im Sitzungssaal der Kreishauptmannschaft, Moß-
platz 11, II.
Leipzig, am 30. Mai 1925.

Die Kreishauptmannschaft.

Öffentliche Sitzung des Kreisausschusses in
Dresden findet Mittwoch, den 10. Juni 1925,
vorm. 10 Uhr, im Sitzungssaal des Dienstgebäudes — Regierungplatz 9 — statt. 1351
Zwickau, am 30. Mai 1925. 1K5

Der Kreishauptmann.

Die Versteigerung der diesjährigen Misch-
anlagen der Staatsstrassen in den Amtstrassen-
meisterbezirken Dresden-Nord, Dresden-Süd, Tres-
den-Ost, Niedersedlitz und Tharandt wird
am 11. Juni 9 Uhr vorm. in Liebig's Bier-
garten in Dresden, Schießgasse 2,

in den Amtstrassenmeisterbezirken Dippoldiswalde
und Geising
am 25. Juni 1/2 Uhr vorm. in Dippoldis-
walde im Bahnhofshotel
abgehalten.

Streitteilung und Bedingungen sind zu er-
fragen in den Amtstrassenmeisterbezirken und im
Straßen- und Wasser-Bauamt und werden im
Termin bekannt gegeben. 1364

Straßen- und Wasser-Bauamt
Dresden.

Auf Blatt 190 des Handelsregisters, die Firma
Brandenburger Sprudel, Gesellschaft mit beschränkter
Haftung in Bad Brambach betreffend, ist heute einge-
tragen worden: Der Geschäftsführer Georg
Friedrich Dieffenbach ist ausgeschieden. Der Direktor
Adolf Hohen in Bad Brambach ist zum Geschäft-
führer bestellt worden. 1365

Amtsgericht Adorf, 29. Mai 1925.

Das im Grundbuche für Altenberg Blatt 135
auf den Namen des Handelsmanns Mag. Holdbögl
in Altenberg eingetragene Grundstück soll
am 23. Juli 1925, vormittags 1/2 Uhr,
an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvoll-
streckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 3,7 Ht
groß und auf 7000.— M.R. gekostet, besteht aus
den Flurstücken 122a und 122b des Flurzugs für
Altenberg, liegt an der oberen Straße und ist mit dem
Wohnhaus Nr. 145 Abt. A bebaut, das am
4. November 1911 zur Brandklasse mit 7200 M.
eingeschätzt worden ist.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuch-
amts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden
Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist
jedem gestattet.

Rechte auf Besiedlung aus dem Grundstück sind,
soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 20. August
1924 verlaubten Versteigerungsvertrages aus dem
Grundbuche nicht erschlichen waren, spätestens im Ver-
steigerungstermine vor der Auflösung zur Abgabe von Geboten
widerrechtlich, glaublich zu machen, widergleichfalls die
Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht
berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungs-
vertrages dem Anspruch des Gläubigers und den
übrigen Rechten nachgelegt werden können.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes
Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die
Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des
Verfahrens herbeiführen, widergleichfalls für das
Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des
versteigerten Gegenstandes tritt. 1366

Amtsgericht Altenberg, 27. Mai 1925.

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen
worden:

A. auf dem die Firma Carl Rotrott Alten-
berg, Gesellschaft in Niederdöllnitz (Bogt.), betreffenden
Blatt 817; Der Gesellschaftsvertrag vom 20. Mai
1921 ist durch Beschluss der Generalversammlung
vom 11. Mai 1925 laut Notariatsurkunde vom
gleichen Tage in § 22 BGB I abgeändert worden;

B. auf dem die Firma Vogtländische Industrie-
Akkumulatoren-Gesellschaft in Niederdöllnitz (Bogt.) betreffenden
Blatt 639; Die eingetragenen Vorstandsmitglieder
Carl Schramm, Otto Spillat und Emil Seidel
sind ausgeschieden. Zum Vorstand ist bestellt der
Generaldirektor Salmann Haller in Berlin W. 15;

C. auf dem die Firma Niederdöllner Metallwerke,
Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Niederdöllnitz (Bogt.) betreffenden
Blatt 842; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die unter Nr. 1 eingetragenen Karl
Brand, Thoma und Ernst Heinrich Seiler sind zu
Baudolaten bestellt;

D. auf dem die Firma Vogtländische Metall-
werk, Akkumulatoren-Gesellschaft in Niederdöllnitz (Bogt.) be-
treffenden Blatt 732; Das eingetragene Mitglied
Emil Dehne ist ausgeschieden;

E. auf Blatt 961 die Firma Friedr. Metz
in Niederdöllnitz (Bogt.) und als deren Inhaber der
Kaufmann Friedrich Ferdinand Metz in Nied-

erdöllnitz (Bogt.). (Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation und Großhandel mit konfektionierten Gar-
dinen.) 1355

Amtsgericht Niederdöllnitz, 27. Mai 1925.

Auf Blatt 512 des Handelsregisters ist heute
die offene Handelsgesellschaft in Firma Alexander
Schmidt & Co. mit dem Sitz in Bischofswerda
und als deren persönlich haftende Gesellschafter der
Glasswarenfabrikant Alexander Schmidt in Bischof-
swerda und der Kaufmann Friedrich Wilhelm
Kratzenbach, ebenfalls eingetragen worden. An-
gegebener Geschäftszweig: Kratzenglasfabrik und
Glasmärktehandlung. 1367

Amtsgericht Bischofswerda,
am 26. Mai 1925.

Auf Blatt 16 d s Handelsregisters, die Firma
G. Seifert in Langenau betr., ist heute einge-
tragen worden: Der bisherige Inhaber Johann
Goethried Seifert in Langenau ist gestorben. Das
Handelsgesellschaft und die Firma haben erworben:
a) die Geschäftsinhaberin Meta Johanna ledige
Seifert in Langenau, b) die Geschäftsinhaberin
Erika Charlotte ledige Seifert in Langenau. Die
eigenen Gründungen sind am 1. Dezember 1923 begonnen. 1368

Amtsgericht Brand-Erbisdorf,
den 29. Mai 1925.

Das im Grundbuche für Wölpinghain Blatt 53
auf den Namen Friedrich Wilhelm Alfred Karl
eingetragene Grundstück soll
am 22. Juli 1925, vormittags 10 Uhr,
an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangs-
versteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 39,7 Ht
groß, mit einem Wohnhaus, einem Stall und
einem Schuppen bebaut und auf 8000 M.R.
geschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuch-
amts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden
Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist
jedem gestattet.

Rechte auf Besiedlung aus dem Grundstück sind,
soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 27. Februar 1925 verlaubten Versteigerungsver-
trages aus dem Grundbuche nicht erschlichen waren,
spätestens im Versteigerungstermine vor der Auflösung
zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerrechtlich, glaublich
zu machen, widergleichfalls die Rechte bei der Fest-
stellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt,
glaublich zu machen, widergleichfalls die Rechte bei der
Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt
und bei der Verteilung des Versteigerungsvertrages
der übrigen Rechten nachgelegt werden können.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes
Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die
Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des
Verfahrens herbeiführen, widergleichfalls für das
Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des
versteigerten Gegenstandes tritt. 1369

Burgstädt, den 27. Mai 1925.

Amtsgericht.

Auf Blatt 818 des Handelsregisters ist heute
die Firma Moll-Werke Aktiengesellschaft in Chemnitz,
die heute eingetragen worden: Die General-
versammlung vom 28. März 1925 hat die Um-
stellung des Stammpitals auf eine Million
100 000 Reichsmark beschlossen. Die Umstellung ist
durchgeführt. Diese Generalversammlung hat
weiter die Erhöhung des Stammpitals um
900 000 Reichsmark, mithin auf 2 Millionen Reich-
smark, beschlossen. Es ist eingeteilt in 25 000 Stam-
matrikel zu 20 Reichsmark und 15 000 Vorzugsaktien zu
100 Reichsmark, die sämtlich auf den Inhaber laufen.
Die beschlossene Erhöhung des Stammpitals ist
erfolgt. Die §§ 4, 8, 14, 15, 18 und 19 des Ge-
schäftsobertrags sind abgeändert worden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes
Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die
Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des
Verfahrens herbeiführen, widergleichfalls für das
Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des
versteigerten Gegenstandes tritt. 1370

Amtsgericht Chemnitz, Abt. E,
den 28. Mai 1925. 1370

Auf Blatt 944 des Handelsregisters ist heute
eingetragen worden: die Firma Chemnitzer Woh-
nungsbau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz
(Vogt. 38); Der Gesellschaftsvertrag ist
am 7. April 1925 abgeschlossen. Gegenstand des
Unternehmens ist die Errichtung von Wohnungen,
sowie die Befähigung aller damit mittelbar und un-
mittelbar im Zusammenhang stehenden Maßnahmen und
Rechtsgegenstände, Erwerb und Veräußerung von
Grundstücken zu Eigentum oder im Erbbaurecht,
sowie deren Weitervermietung usw. Das Stammpital
beträgt 5000 Reichsmark. Zum Geschäftsführer
ist bestellt Robert Otto Jäger in Chemnitz. — Die Bekanntmachungen
der Gesellschaft erfolgen in den Chemnitzer Nachrichten.

Amtsgericht Chemnitz, Abt. E,
den 28. Mai 1925.

Auf Blatt 945 des Handelsregisters ist heute
eingetragen worden: die Firma Handels-Zigaretten-
fabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz
(Tresdner Straße 70). Der Gesellschafts-
vertrag ist am 24. März 1925 abgeschlossen.
Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und
der Vertrieb von Zigaretten-Zigaretten- und
Rauchtabak, sowie der Handel mit Rohstoffen.
Für Errichtung dieses Zwecks ist die Gesellschaft
auch befugt, vorhandene gleichartige oder ähnliche
Unternehmungen zu erwirken, sich an solchen zu
beteiligen und Teile zu errichten. Das Stammpital
beträgt 25 000 Reichsmark. Die Gesell-
schaft wird, auch wenn mehrere Geschäftsführer
bestellt sind, durch einen Geschäftsführer vertreten.
Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute
Leopold Bernhard Neumann und Walter Pfeiffer

in Chemnitz. — Die Bekanntmachungen der Ge-
sellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichs-
anzeiger. 1372

Amtsgericht Chemnitz, Abt. E,
den 28. Mai 1925.

In das Handelsregister ist heute eingetragen
worden:

1. auf Blatt 599, die Firma Ferdinand Ehler,
Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Grim-
mischau betreffend; Die Gesellschafterversammlung vom 16. April 1925 hat die Umstellung des
Stammpitals von dreihunderttausend Papiermark auf
siebenhunderttausend Reichsmark beschlossen.

Die Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der
Gesellschafterversammlung vom 16. April 1925 laut
Notariatsprotokoll vom 16. April 1925 auf
siebenhunderttausend Reichsmark umgestellt.

Die Umstellung ist erfolgt.

Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der
Gesellschafterversammlung vom 29. April 1925 laut
Notariatsprotokoll vom 29. April 1925 abgeändert
worden. 1373

Amtsgericht Freiberg,
am 30. Mai 1925.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 583, die
Firma Anton Knapik, Gesellschaft mit beschränkter
Haftung in Leutersdorf betr., eingetragen worden:
Die Gesellschafterversammlung vom 29. April
1925 hat die Umstellung des Stammpitals auf
Reichsmark durch Erhöhung desselben auf sechs-
hunderttausend Reichsmark beschlossen.

Die Umstellung ist erfolgt.

Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der
Gesellschafterversammlung vom 29. April 1925 laut
Notariatsprotokoll vom 29. April 1925 abgeändert
worden. 1374

Amtsgericht Großschönau,
am 28. Mai 1925.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 229, die
Firma G. H. Höhberg, Gesellschaft mit beschränkter
Haftung in Seifersdorf betr., eingetragen worden:

Die Gesellschafterversammlung vom 22. Dezember
1924 hat die Umstellung des Stammpitals auf
Reichsmark durch Erhöhung desselben auf ein-
hunderttausend Reichsmark umgestellt. Die be-
schlossene Umstellung ist durchgeführt. Der Ge-
sellschaftsvertrag ist durch Beschluss der
Gesellschafterversammlung vom 24. Februar 1925 in den
§§ 2 und 3 geändert worden.

Die Umstellung ist erfolgt.

Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der
Gesellschafterversammlung vom 22. Dezember
1924 laut Notariatsprotokoll vom 22. Dezember
1924 abgeändert sowie in § 18 aufgehoben
worden; die §§ 19, 20 und 21 haben die Num-
mern 18, 19 und 20 erhalten.

Der Geschäftsführer Richard Henle ist aus-
geschieden.

Zum Geschäftsführer ist bestellt der Professor
Max Meyer in Seifersdorf. 1375

Amtsgericht Großschönau,
am 29. Mai 1925.

auf Blatt 38 des hiesigen Handelsregisters, die
Firma Hermann Mohr in Meerane betr., ist heute
eingetragen worden: Dem Kaufmann Hermann
Mohr ist Meerane in Prokura erteilt.

Amtsgericht Meerane, 29. Mai 1925.

Das im Grundbuche für Plauen Blatt 3328
auf den Namen des Handlungsgesellten Alfred
Erhard Heim in Plauen eingetragene Grundstück
(Rahnstraße 109) soll

am 23. Juli 1925, vormittags 1/2 Uhr,
an der Gerichtsstelle Amberg 6, Zimmer Nr. 20,
im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert
werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 9,2 Ht
groß und auf 40 000 M.R. gekostet (Brandwerts-
summe 32 200 M.). Es besteht aus einem
Vorderwohngebäude, einem Seitengebäude mit
kleinem offenen Wagenhäuschen sowie Hof und liegt
in Trossen, Rennstraße 8.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuch-
amts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden
Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist
jedem gestattet.

Rechte auf Besiedlung aus dem Grundstück sind,
soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 7. April 1925 verlaubten Versteigerungsver-
trages aus dem Grundbuche nicht erschlichen waren,
spätestens im Versteigerungstermine vor der Auflösung
zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerrechtlich, glaublich
zu machen, widergleichfalls die Rechte bei der Fest-
stellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt
und bei der Verteilung des Versteigerungsvertrages
der übrigen Rechten nachgelegt werden können.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes
Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die
Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des
Verfahrens herbeiführen, widergleichfalls für das
Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des
versteigerten Gegenstandes tritt. 1376

Amtsgericht Plauen, 28. Mai 1925.

Auf Blatt

Auf Blatt 333 des Handelsregister ist heute die Firma **Venus Weber** in Görlitz und als deren Inhaber der Stumpfzähler **Erich Venus Weber** in Görlitz eingetragen worden. 1381

Amtsgericht Zschopau, 28. Mai 1925.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Wilhelm Johann Ambühler**, früher in Zweig b. Zwickau, jetzt in Leipzig-Rundweg, Fabrikstraße 2, I, wird gemäß § 204 ff. eingestellt, nachdem jüngst ergeben hat, daß eine dem Kosten des Verfahrens entsprechende Konkurssumme nicht vorhanden ist. 1382

Amtsgericht Zwickau, 29. Mai 1925.

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 2428, bez. die Fa. **Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Zwickau; Die Gesellschafterversammlung vom 12. März 1925 hat die Umstellung der Gesellschaft von 300 000 RM. auf die gleiche Summe in Reichsmark beschlossen. Durch Beschluß derselben Generalversammlung laut Notarialsurkunde vom 28. April 1925 ist der Gesellschaftsvertrag in den §§ 4 und 13 abgeändert worden;

2. auf Blatt 1592, bez. die Fa. **Niederplanitzer Wäschefabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Niederplanitz; Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 4. Mai 1925 ist die Umstellung des Stammpatolls der Gesellschaft von 300 000 RM. auf 240 000 RM. erfolgt. Die beabsichtigte Umstellung ist durchgeführt. Dementsprechend ist der Gesellschaftsvertrag laut Notarialsurkunde vom 4. Mai 1925 in § 4 und 5 abgeändert worden;

3. auf Blatt 2809, die offene Handelsgesellschaft in Fa. **Willy & Wagner** mit dem Sitz in Zwickau; Gesellschafter sind die Kaufleute **Max Paul Arzt** und **Karl Richard Wagner**, beide in Zwickau; Gesellschafter sind die Kaufleute **Max Paul Arzt** und **Karl Richard Wagner**, beide in Zwickau; Die Gesellschaft ist am 4. April 1925 erloschen worden. Angegebenet Geschäftszweig: Handel mit Maschinen und Geräten für Fleischer, Dämmen, Gewürzen und Fleischwaren. Geschäftsfoto: Zu den Leistungsfähigkeit. 1383

4. auf Blatt 2148, bez. die Fa. **Zeo Bachmann** in Zwickau; Einwohner **Heinemann** u. **Wolff Liebermann** sind ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Inhaber ist **Paul Nagl** in Zwickau. Er hofft nicht für die im Betriebe des Geschäfts bestehenden Verbindlichkeiten der bisherigen Gesellschafter. Die Firma ist erloschen.

5. auf Blatt 2731, bez. die Fa. **Rudolf Schaefer** in Röthenbach. Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Zwickau, 27. Mai 1925.

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. Auf Blatt 1886, bez. die Fa. **Horchwerke Aktiengesellschaft** in Zwickau; Die Generalversammlung vom 28. April 1925 hat auf Grund der Ver-

änderungen, die sich in den Handelsregister verzeichnet haben, die Umstellung der Gesellschaft von 21 000 RM. auf die gleiche Summe in Reichsmark beschlossen. Entsprechend der Umstellung ist der Gesellschaftsvertrag laut Notarialsurkunde vom 29. April 1925 in den §§ 4 und 12 abgeändert worden. 1384

Amtsgericht Zwickau, 28. Mai 1925.

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. Auf Blatt 1886, bez. die Fa. **Horchwerke Aktiengesellschaft** in Zwickau; Die Generalversammlung vom 28. April 1925 hat auf Grund der Ver-

änderungen, die sich in den Handelsregister verzeichnet haben, die Umstellung der Gesellschaft von 21 000 RM. auf die gleiche Summe in Reichsmark beschlossen. Entsprechend der Umstellung ist der Gesellschaftsvertrag laut Notarialsurkunde vom 29. April 1925 in den §§ 4 und 12 abgeändert worden. 1385

Amtsgericht Zwickau, 27. Mai 1925.

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. Auf Blatt 1886, bez. die Fa. **Horchwerke Aktiengesellschaft** in Zwickau; Die Generalversammlung vom 28. April 1925 hat auf Grund der Ver-

änderungen, die sich in den Handelsregister verzeichnet haben, die Umstellung der Gesellschaft von 21 000 RM. auf die gleiche Summe in Reichsmark beschlossen. Entsprechend der Umstellung ist der Gesellschaftsvertrag laut Notarialsurkunde vom 29. April 1925 in den §§ 4 und 12 abgeändert worden. 1386

Amtsgericht Zwickau, 28. Mai 1925.

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. Auf Blatt 1886, bez. die Fa. **Horchwerke Aktiengesellschaft** in Zwickau; Die Generalversammlung vom 28. April 1925 hat auf Grund der Ver-

änderungen, die sich in den Handelsregister verzeichnet haben, die Umstellung der Gesellschaft von 21 000 RM. auf die gleiche Summe in Reichsmark beschlossen. Entsprechend der Umstellung ist der Gesellschaftsvertrag laut Notarialsurkunde vom 29. April 1925 in den §§ 4 und 12 abgeändert worden. 1387

Die wichtigsten

Tagsatzungspunkte

der Landesversammlung sind: **Geschäftsbericht**, **Bericht über die Krankenkassen** als beruhende Hintergrund der **Krankenversicherung**. Errichtung einer Heilstätte in Schneiders-Obersehlema, **Praktische Verwaltungsaufgaben**, **Austausch freiwilliger Kassenmitglieder** u. v. **Stellungnahme zum 29. Krankenkassenstag in München**. Aus dem **Geschäftsbericht** ist hervorgehoben, daß die Lage der Krankenkassen seit der Stabilisierung der Währung zwar besser geworden, aber noch nicht befriedigend ist.

Nach dem Bericht zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen vom 27. März 1923 können

Ost- und Landeskrankenassen, mit weniger als 1000 Mitgliedern, unter bestimmten Voraussetzungen vereinigt werden.

Es kann in den vielen Höhlen Gebrauch gemacht werden. Dieser Bericht erstreckt sich aber nur auf Ost- und Landeskrankenassen. **Betriebs- und Innungskrankenkassen werden jetzt neu eröffnet**. Ein Antrag auf Errichtung einer Landeskrankenkasse für den Amtshauptmannschaft Dresden hat der Landeskommunauté Dresden gestellt. Wird dem Antrag stattgegeben, so mag eine größere Zahl Berichterstatter aus den Ostkrankenassen ausdrücken und in die Landeskrankenkasse übertragen. Damit ist eine Vereinigung der Verwaltungsaufgaben verbunden, denn in den Orien wo Ostkrankenassen Verwaltungsfälle haben, werden daneben auch noch solche für Landeskrankenassen oder mindestens Zahl beider Meldeberichterstatter erreicht werden.

Auf der Landesversammlung wird weiter über

Arbeitsvertragsgesetz zu reden sein. Das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Apotheken kann als nicht ungünstig bezeichnet werden. Die Selbstabgabe von Heilmitteln durch die Krankenkassen hat sich gut erwiesen. Lieferant dieser Heilmittel ist die Heilmittelversorgung deutscher Krankenkassen A.G.

Mehrere wiederholte gestellte Anträge, die Beitragsfüße für die Erwerbslosenfürsorge zu erhöhen, hat das Landesamt für Arbeitsvermittlung mehrmals entschieden. Juzit werden noch § 2 Prog. des Arbeitsförderung als Beiträge erhoben.

Nur den Deutschen ist ein Abkommen über die Höhe der Zölle für Rohzucker zustande gelommen, und es besteht berechtigte Hoffnung, daß nun auch ein solches mit den Bahnhäusern zustandekommen wird. Landesversicherungsanstalt und Krankenkassen beteiligen sich zu je einem Drittel an den Kosten, wenn mindestens sechs Jahre zu erkennen sind.

Unschärfe an den Vortrag des Herrn Dr. Moes, Berlin, über

Die Kr. tentasse als beruhende Hintergrund der Volksgesundheit

wird die Landesversammlung sich zu entscheiden haben, ob die Errichtung einer Heilstätte in Schneiders-Obersehlema doch möglich werden soll. Es würde nicht unbefriedigt sein, doch Obersehlema die stärkste radiumhaltige Heilquelle besitzt. Leders könnte bisher der ärmeren Bevölkerung der Heilstätte nur in sehr geringem Maße geboten werden. Erstens weil die Unterbringungsmöglichkeit eine sehr geringe und zugleich teure in Obersehlema ist und zweitens weil die Preise für Bader an sich ziemlich hoch sind. Folgende Krankheiten sind mit günstigen Erfolg mit Radium-Emanation behandelt worden: **Thermostomias, Gicht, Neurologie (Taubheit), Tumor,**

ordnung vom 28. Dezember 1923 die Umstellung des Grundkapitals in Höhe von 16 600 000 RM. auf Reichsmark beschlossen. Das Grundkapital ist nach der Umstellung erhöht worden und beträgt 2 988 000 RM. Die beschlossene Umstellung ist durchgeführt. Das Grundkapital gesellt in 16 600 auf den Inhaber lautende Aktien zu je 180 RM. Durch Beschluß derselben Generalversammlung laut Notarialsurkunde vom 28. April 1925 ist der Gesellschaftsvertrag in den §§ 4 und 13 abgeändert worden.

2. auf Blatt 1592, bez. die Fa. **Niederplanitzer Wäschefabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Niederplanitz; Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 4. Mai 1925 ist die Umstellung des Stammpatolls der Gesellschaft von 300 000 RM. auf 240 000 RM. erfolgt. Die beabsichtigte Umstellung ist durchgeführt. Dementsprechend ist der Gesellschaftsvertrag laut Notarialsurkunde vom 4. Mai 1925 in § 4 und 5 abgeändert worden;

3. auf Blatt 2809, bez. die Fa. **Niederplanitzer Wäschefabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Niederplanitz; Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 4. Mai 1925 ist die Umstellung des Stammpatolls der Gesellschaft von 300 000 RM. auf 240 000 RM. erfolgt. Die beabsichtigte Umstellung ist durchgeführt. Dementsprechend ist der Gesellschaftsvertrag laut Notarialsurkunde vom 4. Mai 1925 in § 4 und 5 abgeändert worden;

4. auf Blatt 2148, bez. die Fa. **Zeo Bachmann** in Zwickau; Einwohner **Heinemann** u. **Wolff Liebermann** sind ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Inhaber ist **Paul Nagl** in Zwickau. Er hofft nicht für die im Betriebe des Geschäfts bestehenden Verbindlichkeiten der bisherigen Gesellschafter. Die Firma ist erloschen.

5. auf Blatt 2731, bez. die Fa. **Rudolf Schaefer** in Röthenbach. Die Firma ist erloschen.

6. auf Blatt 1886, bez. die Fa. **Horchwerke Aktiengesellschaft** in Zwickau; Die Generalversammlung vom 28. April 1925 hat auf Grund der Ver-

änderungen, die sich in den Handelsregister verzeichnet haben, die Umstellung der Gesellschaft von 21 000 RM. auf die gleiche Summe in Reichsmark beschlossen. Entsprechend der Umstellung ist der Gesellschaftsvertrag laut Notarialsurkunde vom 29. April 1925 in den §§ 4 und 12 abgeändert worden. 1388

Die wichtigsten

Tagsatzungspunkte

der Landesversammlung sind: **Geschäftsbericht**, **Bericht über die Krankenkassen** als beruhende Hintergrund der **Krankenversicherung**. Errichtung einer Heilstätte in Schneiders-Obersehlema, **Praktische Verwaltungsaufgaben**, **Austausch freiwilliger Kassenmitglieder** u. v. **Stellungnahme zum 29. Krankenkassenstag in München**. Zum Punkt

wird Herr Verwaltungsdirektor Liepzig-U-Wipperfürth, Erfahrung in der Krankenkassenverwaltung zum Besten geben. Er ist der Begründer der größten sächsischen Krankenkasse.

Über die **praktische Verwaltungsaufgaben** wird Herr Verwaltungsdirektor Liepzig-U-Wipperfürth, Erfahrung in der Krankenkassenverwaltung zum Besten geben. Er ist der Begründer der größten sächsischen Krankenkasse.

Über die **Austausch freiwilliger Kassenmitglieder** wird der Geschäftsführer der **Krankenkassenvereinigung Sachsen** berichten. Er hat sich sehr erweitert. Das ergibt sich schon daraus, daß sich die Zahl der Einträge im Jahre 1923 von 1800 auf 3570 im Jahre 1924 erhöht hat. Die Zahl der Ausgänge von 1015 auf 1910 im Jahre 1924 ist durch die Erhöhung der Bevölkerung in Sachsen verursacht worden.

Über die **Stellungnahme zum 29. Krankenkassenstag in München** wird der Geschäftsführer der **Krankenkassenvereinigung Sachsen** berichten. Er hat sich sehr erweitert. Das ergibt sich schon daraus, daß sich die Zahl der Einträge im Jahre 1923 von 1800 auf 3570 im Jahre 1924 erhöht hat. Die Zahl der Ausgänge von 1015 auf 1910 im Jahre 1924 ist durch die Erhöhung der Bevölkerung in Sachsen verursacht worden.

Über die **praktischen Verwaltungsaufgaben** wird Herr Verwaltungsdirektor Liepzig-U-Wipperfürth, Erfahrung in der Krankenkassenverwaltung zum Besten geben. Er ist der Begründer der größten sächsischen Krankenkasse.

Über die **Austausch freiwilliger Kassenmitglieder** wird der Geschäftsführer der **Krankenkassenvereinigung Sachsen** berichten. Er hat sich sehr erweitert. Das ergibt sich schon daraus, daß sich die Zahl der Einträge im Jahre 1923 von 1800 auf 3570 im Jahre 1924 erhöht hat. Die Zahl der Ausgänge von 1015 auf 1910 im Jahre 1924 ist durch die Erhöhung der Bevölkerung in Sachsen verursacht worden.

Über die **Stellungnahme zum 29. Krankenkassenstag in München** wird der Geschäftsführer der **Krankenkassenvereinigung Sachsen** berichten. Er hat sich sehr erweitert. Das ergibt sich schon daraus, daß sich die Zahl der Einträge im Jahre 1923 von 1800 auf 3570 im Jahre 1924 erhöht hat. Die Zahl der Ausgänge von 1015 auf 1910 im Jahre 1924 ist durch die Erhöhung der Bevölkerung in Sachsen verursacht worden.

Über die **Austausch freiwilliger Kassenmitglieder** wird der Geschäftsführer der **Krankenkassenvereinigung Sachsen** berichten. Er hat sich sehr erweitert. Das ergibt sich schon daraus, daß sich die Zahl der Einträge im Jahre 1923 von 1800 auf 3570 im Jahre 1924 erhöht hat. Die Zahl der Ausgänge von 1015 auf 1910 im Jahre 1924 ist durch die Erhöhung der Bevölkerung in Sachsen verursacht worden.

Über die **praktischen Verwaltungsaufgaben** wird Herr Verwaltungsdirektor Liepzig-U-Wipperfürth, Erfahrung in der Krankenkassenverwaltung zum Besten geben. Er ist der Begründer der größten sächsischen Krankenkasse.

Über die **Austausch freiwilliger Kassenmitglieder** wird der Geschäftsführer der **Krankenkassenvereinigung Sachsen** berichten. Er hat sich sehr erweitert. Das ergibt sich schon daraus, daß sich die Zahl der Einträge im Jahre 1923 von 1800 auf 3570 im Jahre 1924 erhöht hat. Die Zahl der Ausgänge von 1015 auf 1910 im Jahre 1924 ist durch die Erhöhung der Bevölkerung in Sachsen verursacht worden.

Über die **Stellungnahme zum 29. Krankenkassenstag in München** wird der Geschäftsführer der **Krankenkassenvereinigung Sachsen** berichten. Er hat sich sehr erweitert. Das ergibt sich schon daraus, daß sich die Zahl der Einträge im Jahre 1923 von 1800 auf 3570 im Jahre 1924 erhöht hat. Die Zahl der Ausgänge von 1015 auf 1910 im Jahre 1924 ist durch die Erhöhung der Bevölkerung in Sachsen verursacht worden.

Über die **Austausch freiwilliger Kassenmitglieder** wird der Geschäftsführer der **Krankenkassenvereinigung Sachsen** berichten. Er hat sich sehr erweitert. Das ergibt sich schon daraus, daß sich die Zahl der Einträge im Jahre 1923 von 1800 auf 3570 im Jahre 1924 erhöht hat. Die Zahl der Ausgänge von 1015 auf 1910 im Jahre 1924 ist durch die Erhöhung der Bevölkerung in Sachsen verursacht worden.

Über die **praktischen Verwaltungsaufgaben** wird Herr Verwaltungsdirektor Liepzig-U-Wipperfürth, Erfahrung in der Krankenkassenverwaltung zum Besten geben. Er ist der Begründer der größten sächsischen Krankenkasse.

Über die **Austausch freiwilliger Kassenmitglieder** wird der Geschäftsführer der **Krankenkassenvereinigung Sachsen** berichten. Er hat sich sehr erweitert. Das ergibt sich schon daraus, daß sich die Zahl der Einträge im Jahre 1923 von 1800 auf 3570 im Jahre 1924 erhöht hat. Die Zahl der Ausgänge von 1015 auf 1910 im Jahre 1924 ist durch die Erhöhung der Bevölkerung in Sachsen verursacht worden.

Über die **Stellungnahme zum 29. Krankenkassenstag in München** wird der Geschäftsführer der **Krankenkassenvereinigung Sachsen** berichten. Er hat sich sehr erweitert. Das ergibt sich schon daraus, daß sich die Zahl der Einträge im Jahre 1923 von 1800 auf 3570 im Jahre 1924 erhöht hat. Die Zahl der Ausgänge von 1015 auf 1910 im Jahre 1924 ist durch die Erhöhung der Bevölkerung in Sachsen verursacht worden.

Über die **Austausch freiwilliger Kassenmitglieder** wird der Geschäftsführer der **Krankenkassenvereinigung Sachsen** berichten. Er hat sich sehr erweitert. Das ergibt sich schon daraus, daß sich die Zahl der Einträge im Jahre 1923 von 1800 auf 3570 im Jahre 1924 erhöht hat. Die Zahl der Ausgänge von 1015 auf 1910 im Jahre 1924 ist durch die Erhöhung der Bevölkerung in Sachsen verursacht worden.

Über die **praktischen Verwaltungsaufgaben** wird